



**April, April:
Kein Pilotprojekt
für Seilbahn**

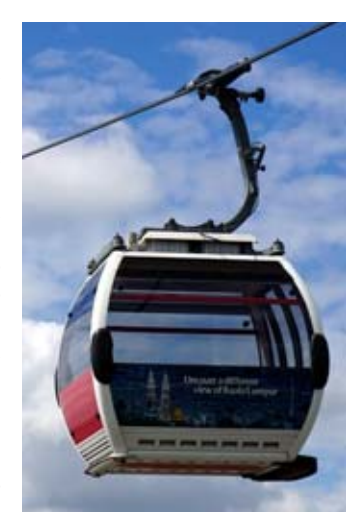
Eines sei vorweg klargestellt: Karten für die Seilbahn zwischen Hanau und Frankfurt können weder wir noch die Hanauer Stadtverwaltung verkaufen. Auch, wenn mancher Bürger sich gestern telefonisch bei uns darum bemüht hat nach dem Motto „Der frühe Vogel pickt den Wurm“. Die Sache mit der Seilbahn, die wir auf unserer gestrigen Region-Seite und auf Seite 1 präsentierten, war ein Aprilscherz.

Dennoch wird in der Tat intensiv über das Seilbahn-Konzept nachgedacht. Dass aber die Brüder-Grimm-Stadt von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer zur Pilotstadt für das innovative Verkehrsprojekt auserkoren wurde, was Scheuer gestern laut unserer Zeitung mit einem Überraschungsbesuch des Zukunfts-Wochenende im CPH untermauerte, war reine Erfindung. Auch, wenn im CPH am Wochenende unter anderem das Konzept zum Gewerbepark Hauptbahnhof vorgestellt wurde. Doch dass der Hauptbahnhof Ausgangspunkt für die künftige Seilbahn wird, ist (noch) reine Fiktion.

Die Seilbahn ist trotzdem keine reine Luftnummer: In Niederdorfelden und Maintal debattieren die Fraktionen ernsthaft heftig über diese Variante in Sachen Mobilität. Und der Regionalverband Rhein-Main befasst sich tatsächlich in einer Studie mit dem Streckenverlauf Hanau-Frankfurt.

MTA-Leser Johannes Becherer kritisierte in einer Mail verärgert die Unvollständigkeit unserer gestrigen Berichterstattung: Maintals Bürgermeisterin Monika Böttcher hätte gegen den erbitterten Widerstand von Hanau OB erreicht, dass es bei der Seilbahn Zusteigemöglichkeiten in Dörnigheim und Bischofsheim geben solle als Ersatz für die nicht gebaute nordmainische S-Bahn. „Die Stadt Hanau, die ja bekanntlich mit dem Main-Kinzig-Kreis nichts mehr zu tun haben will, hätte es vorgezogen, berührungslos und ungebremst über den Westteil des Kreises hinweg nach Frankfurt zu schweben“, schreibt er.

Hanau Ex-OB Margret Härtel zeigte Humor: Sie wünschte sich, als Ehrengast noch die Jungfernfahrt mitzumachen, mailte sie. „Da müsste man die Genehmigungsverfahren etwas schneller in Bewegung bringen, bevor ich die Radieschen von unten betrachte...“



Über die Seilbahn zwischen Hanau und Frankfurt wird tatsächlich diskutiert. Dass Verkehrsminister Andreas Scheuer im CPH war und Hanau zum Pilotprojekt erhob, war allerdings ein Aprilscherz! JUA/ARCHIVFOTO: PIXABAY



Ganz im Zeichen vom Europa und den aktuellen Entwicklungen stand die Diskussion an der Otto-Hahn-Schule.

Zwischen Brexit und Uploadfiltern

Schüler der Otto-Hahn-Schule nehmen Parteien-Vertreterinnen zur Europawahl in die Zange

VON REINHOLD SCHLITT

Hanau – Im Mai werden die Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Was kennzeichnet die derzeitige Lage der Europäischen Union? Wie soll es aussehen, das „Europa der Zukunft“? Darüber haben sich vor Kurzem über 130 Schüler der gymnasialen Oberstufe der Otto-Hahn-Schule Gedanken gemacht. Nicht zufällig, denn diese Kesselstädter Bildungseinrichtung ist eine von 32 Europaschulen in Hessen, die sich „in besonderer Weise verpflichtet fühlen, den Europäischen Gedanken zu fördern“. Hier und jetzt ging es darum, eigene Standpunkte mit anderen abzugleichen. Dazu haben die jugendlichen Diskutanten Vertreterinnen von CDU, SPD und GRÜNE eingeladen, die von zwei Schüler-Moderatoren in die Zange genommen wurden.

Mit der Brexit-Debatte in Großbritannien machten die Moderatoren Daniel Giesen und Max Kreuscher den Anfang. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Katja Leikert, sie ist europapolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, führte ihrem Publikum vor Augen, dass ein Austritt Großbritanniens aus der EU auch ein Austritt aus 750 EU-Verträgen bedeutet, dass es im Warenverkehr an Grenzen zu Problemen kommen kann, dass schon jetzt im Windschatten der Brexit-Diskussion 4800 Banker nach Deutschland gekommen seien – mit riesigen Vermögenswerten im Schlepptau.

Viola von Cramon-Taubadel, die Grünen-Kandidatin für das EU-Parlament, bezeichnete das derzeitige Auf und Ab in der Brexit-Debatte als „Krimi in Echtzeit.“ Politik zum Abgewöhnen? Allemal sei dies nichts für jemanden, „der keinen Bock auf Politik hat“.

Die SPD-Kandidatin Kristina Tanev sieht aber auch, dass be-



Warum so wenig Stimmen trotz guter Programme?

sonders die Banken-Metropole Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet vom Brexit profitieren und die Region damit vor große Herausforderungen bis hin zum Wohnungsmarkt stellen wird. Immerhin – beim EU-gesetzten Schüler- und Jugendaustausch mit Großbritannien würde sich nach einem Brexit nichts ändern.

Weiter ging es mit Fragen nach Konzepten für ein Europa der Zukunft: Für Tanev steht ein europäischer Mindestlohn und die Angleichung der Sozialversicherungsstandards in den Mitgliedsstaaten ganz oben auf der Prioritätenliste.

Für ihre Mitbewerberin von Cramon-Taubadel ist darüber hinaus eine Historikerkommission wichtig, die sich auf die Suche nach einem gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnis begibt. Die Grünen wünschten sich, ähnlich wie beim Bundesrat, auf europäischer Ebene eine zweite Parlamentskammer, in der die Regionen Europas repräsentiert wären. Auch wol-



Fragen rund um das Europa der Zukunft: Was sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Katja Leikert und die beiden EU-Parlamentskandidatinnen Viola von Cramon-Taubadel (Grüne) und SPD-Kandidatin Kristina Tanev (rechtes Bild, rechts) darunter vorstellen, diskutierten sie mit den Schülern der Otto-Hahn-Schule und den beiden Schüler-Moderatoren Daniel Giesen (rechtes Bild, links) und Max Kreusche. FOTOS: REINHOLD SCHLITT (2), PIXABAY (1)

len sie mehr europäische Medienöffentlichkeit: „Wir brauchen neben den regionalen und bundesweiten Medien einen europäischen Rundfunk und ein europäisches Fernsehen.“ Der CDU-Abgeordneten Leikert ist in einem Europa der Zukunft nach wie vor die Stärkung der Binnenmärkte wichtig, aber auch europaweite industriepolitische Strategien, etwa im Bereich der E-Mobilität und überhaupt bei Zukunftstechnologien. Sie wünscht sich Diskussionen über Freihandelsabkommen, „die nicht länger auf Chlorhühnchen reduziert werden“. In der Bildung sollte der Fokus noch stärker auf die Berufsausbildung gerichtet werden. „Das hört sich alles gut an“, fasste der Moderator die europapolitischen Postulate der Politiker zusammen, doch: „Warum werden die bürgerlichen Parteien – wie bei den letzten Landtagswahlen – immer weniger gewählt, obwohl sie so gute Programme haben?“ SPD und CDU bezogen sich in ihren Antworten auf das gute Abschneiden der Grünen und die teils deutliche Wählerabwanderung dorthin:

„Die Grünen werden derzeit mehr gewählt, weil sie die Umwelt schon in den 80er Jahren auf ihre Fahnen geschrieben haben. Unsere Bundespartei aber hat es versäumt, rechtzeitig auf das Thema einzugehen“, glaubt die SPD-Kandidatin Tanev.

Und auch für die CDU-Politikerin Leikert ist es das Klimathema, bei dem ihrem politischen Konkurrenten „mehr Kompetenz zugesprochen wird“. Einen Seitenhieb aber konnte sie sich dennoch nicht verkneifen: „Wir wissen auch, dass die Grünen mehr fliegen“, sagte sie und ordnete auch die Dieseldebatte in ein Spannungsfeld zwischen Wohlstand, wirtschaftliche Interessen und eben das Klima ein. Das alles führe soweit, dass es in Hessen „mit Schwarz-Grün eben auch ein drittes Terminal für den Flughafen Frankfurt geben kann“.

Hier hatte sie die Lacher auf ihrer Seite, dann aber nicht mehr. Als nämlich die Debatte auf die Abstimmung zur Internet-Urheberrechtsrichtlinie

kam, war auch das Reizwort Uploadfilter nicht weit. Die Angst, dass die großen Plattformbetreiber solche Programme einsetzen, um Urheberrechtsverstöße beim Hochladen von Inhalten zu erkennen, spiegelte die öffentliche Stimmungslage wohl ziemlich exakt.

Ein Schüler: „Die Programme funktionieren ja nicht wie menschliche Gehirne“ und würden undifferenziert auch nicht geschützte Inhalte blockieren. Die Politikerin bemühte sich sichtlich, solche Ängste zu nehmen: Uploadfilter stünden nicht in der Richtlinie, und bei ihrer Umsetzung würde man auch darauf achten, dass sie nicht nötig wären. Außerdem sei es doch positiv, dass die Haftung für die von Nutzern hochgeladenen Inhalte nun auf die Plattformbetreiber überginge und diese gefälligst für urheberrechtlich geschützte Werke Lizenzvereinbarungen treffen sollten.

Doch die Positionen blieben unversöhnlich: Wo Plattformbetreiber keine Lizenzverein-

barungen trafen, würden sie natürlich filtern – und bei den gigantisch hohen Hochladeraten sei das ohne Uploadfilter eben nicht möglich. Das, so ein Diskutant, sei die Realität. Da half auch kein Hinweis darauf, dass Parodien und Zitate weiterhin möglich blieben, dass kleinere Betreiber oder auch Wikipedia ausdrücklich von der Regelung ausgenommen würden. Und der Ärger darüber, dass Demonstranten aus CDU-Kreisen als bezahlte Marionetten diskriminiert worden seien, war auch hier in Hanau zu spüren. Von solchen Herabsetzungen distanzierte sich Leikert allerdings und ergänzte: „Das war ein kommunikatives Totaldesaster.“

Versöhnlicher wurde es dann bei der Präsentation der während der Veranstaltung durchgeführten Abstimmung über die Vorstellungen zur Zukunft Europas: Die bessere Zusammenarbeit der EU-Staaten, die Forderung nach Solidarität und nach mehr jungen Abgeordneten im Parlament nahmen die vordersten drei auf einer Skala von 14 Antwortmöglichkeiten ein.

Schüler für bessere Zusammenarbeit der EU-Staaten